

Deutschland hat Zukunft

Wirtschaftspolitisches Monitoring des Bundeshaushalts

Dienstag, 15.11.2022 um 15:00 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Erwartungen der Wirtschaft an den Bundeshaushalt

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem Kongress. Ich freue mich über das Interesse all jener, die den Weg zu uns ins Haus der Bayerischen Wirtschaft gefunden haben! Ebenso freue ich mich über alle Zuschauerinnen und Zuschauer, die unseren Kongress im Livestream verfolgen!

Meine Damen und Herren,

unser Land befindet sich derzeit in einer äußerst schwierigen Lage. Wir stehen vor einer tiefen Rezession bei gleichzeitiger Rekordinflation. Selten zuvor war der Staat so gefordert, um die Folgen dieser Entwicklung für Bürger und Unternehmen abzufedern und erträglich zu gestalten.

Zugleich müssen Innovationsimpulse gesetzt und die Standortbedingungen zügig verbessert werden – Mobilität, digitale Infrastruktur und das E-Government sind nur Beispiele dafür.

Darüber hinaus muss auch die Transformation unserer Wirtschaft hin zur Klimaneutralität unterstützt und unser Land resilienter gegen künftige Krisen gemacht werden. Zu letzterem wird uns später der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Otto Fricke, auf dessen Vortrag ich schon gespannt bin, einiges berichten.

All den eben skizzierten Anliegen, zu denen auch noch die dringend notwendigen Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes gehören, muss die Finanzpolitik des Bundes Rechnung tragen. Vor diesem Hintergrund haben wir uns den Bundeshaushalt näher angesehen und seine Ausstattung speziell auf wirtschaftspolitisch wichtigen Aufgabenfeldern durchleuchtet.

Diese Aufgabe hat Prof. Bardt vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln für uns

übernommen, der die Ergebnisse der IW-Studie anschließend präsentieren wird. Ich freue mich schon auf seine Ausführungen, denen ich an dieser Stelle nicht vorgreifen will.

Deshalb möchte ich mich auf ein paar wenige Anmerkungen beschränken. Zunächst: Es ist aus unserer Sicht eine mutige und zugleich auch richtige Entscheidung der Bundesregierung, trotz Schuldenbremse mit kreditfinanzierten Leistungen für die nächsten Jahre Vorsorge zu treffen.

Diese Finanzpolitik muss aber in dreierlei Hinsicht ergänzt werden.

Erstens muss die Ausgabendisziplin ein zentrales Element der Haushaltspolitik bleiben.

Haushalt hat ja viel damit zu tun, mit den vorhandenen Mitteln hauszuhalten. Sorgsame Haushaltspolitik setzt dabei konsequent auf Ausgabeneffizienz. Dazu gehört es auch, Aufgaben zu hinterfragen und ineffiziente sowie

wirtschaftlich nicht mehr tragfähige Strukturen zu reformieren. Hier gibt es aus unserer Sicht gerade bei den Sozialsystemen jede Menge zu tun.

Zweitens müssen die schon seit Jahren aufwachsenden Haushaltsmittel für wirtschaftspolitisch wichtige Aufgaben auch schnell und umfassend eingesetzt werden.

Man kann es vereinfacht so ausdrücken: Auf manchen Feldern gelingt es aktuell nicht, vorhandenes Geld auch zügig und zweckgerichtet auszugeben. Das gilt insbesondere dort, wo es um neue Transformationsaufgaben geht. Hier muss deutlich zugelegt werden. Zuvorderst geht es da um schnellere und stärker digitalisierte Verwaltungsverfahren. Wir brauchen beispielsweise dringend mehr Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren!

Drittens brauchen wir eine dauerhaft belastbare Nachfolgelösung für die Sonderfonds, mittels derer über die nächsten Jahre die anstehenden Transformations- und Verteidigungsaufgaben finanziert werden.

Die Finanzierung von Zukunftsaufgaben über Sonderfonds kann und darf – auch aus rechtlichen Gründen – nicht zur Regel werden, sondern sie muss eine Ausnahme bleiben. Zugleich muss aus unserer Sicht an einer harten Schuldenbremse festgehalten werden. Sie ist zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte und für die Disziplinierung der Haushaltspolitik weiterhin unerlässlich.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma ermöglicht die von uns als vbw konzipierte **Schuldenbremse Plus**. Danach sind öffentliche Investitionskredite dann erlaubt, wenn sie das öffentliche Vermögen – man spricht auch vom Kapitalstock – im Bestand mehren. Das ist

beispielsweise beim Ausbau des ÖPNV und bei neuen Fernstraßen oder Schulen der Fall.

Auf diese Weise ließe sich zumindest für einen Teil des außerordentlich hohen Finanzierungsbedarfs für solche Ausgaben ein zusätzlicher und nachhaltig belastbarer Finanzierungsweg erschließen. Deshalb halten wir unseren Vorschlag für eine gute Idee, die wir später in unseren Expertenrunde gern diskutieren können.

Klar ist jedenfalls: Unser Land muss in unsicheren Zeiten seine Handlungsfähigkeit bewahren können. Schlüssel dazu ist ein nachhaltig stabiler Bundeshaushalt. Daran muss sich die Finanzpolitik messen lassen, und daran werden wir sie als vbw auch in Zukunft messen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!